



AUSZUG

ISSN 0937-7468

Erwachsenenbildung
und Behinderung

Jahrgang 22
Heft 1: April 2011



Erwachsenenbildung inklusiv

Herausforderungen im Zeichen der UN-Behindertenrechtskonvention



„Mehr lesen wissen können“

Das Bild auf der Titelseite verdeutlicht Kernelemente von Erwachsenenbildung unabhängig von der Frage nach Behinderungen. Das Bild stammt von der Fotografin Susanne Kürth (photocase.com).

Editorial

<i>Werner Schlummer: Erwachsenenbildung inklusiv</i>	2
--	---

Schwerpunktthema

<i>Matthias Windisch / Elfriede Schächl: Auf dem Weg zur inklusiven Erwachsenenbildung – Projekt zur Förderung von inklusiven Angeboten an der Volkshochschule in der Region Kassel</i>	3
<i>Manuel Yupanqui: Gemeinsam Brücken bauen – gelebte Inklusion an der Volkshochschule Offenburg</i>	13
<i>Lothar Heusohn / Franz Schweitzer: „Sommerschule Ulm“ – Bildung für alle an der Ulmer Volkshochschule</i>	17
<i>Nadja Goldmeyer / Jens Greffin / Thurid Hille / Carolin Ullrich: Wie gehen Volkshochschulen mit dem Thema geistige Behinderung um?</i>	21
<i>Anke Groß-Kunkel: Lesen einmal anders – Erwachsenen mit geistiger Behinderung die Welt der Bücher eröffnen</i>	25
<i>Situation in der Bundeshauptstadt – Gutachten zur Erwachsenenbildung von Menschen mit geistiger Behinderung</i>	29
<i>Werner Schlummer: Grundsätzlich der richtige Weg – Zum Grundsatzpapier des Volkshochschulverbandes</i>	34

Kontext Erwachsenenbildung

<i>Der Froschkönig - ein Wintermärchen? Ein Schwarzlichttheater-Workshop im Rokokosaal</i>	37
<i>Michael Hänsch: HELP – Helfer/in mit Elementarem LeistungsProfil</i>	38
<i>Jutta Göttfried: „Es wird ja doch nicht besser“, sagen die Leute</i>	42

Internationales und Tagungen

<i>Fachtagung der GEB: Inklusive Erwachsenenbildung – Kooperationen zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Behindertenhilfe</i>	43
<i>Veranstaltungshinweise</i>	45

In eigener Sache

<i>Mitgliederversammlung der GEB</i>	46
<i>Lars Elster: Gründung der regionalen Arbeitsgruppe „Kleiner Odenwald“</i>	47
<i>Mitgliedschaft</i>	48

Impressum

Erwachsenenbildung inklusiv

Werner
Schlummer



Ist die Aussage, die in einem verkümmerten Zwei-Wort-„Satz“ steht, überzeugender, als wenn man nach grammatikalischen Regeln einen normalen Satz formuliert mit Subjekt (Satzgegenstand), Prädikat (Satzaussage), Objekt (Satzergänzung)? Die Werbung verstümmelt diese Grundregel der deutschen Sprache oft und bewusst. Will sie doch damit ein besonderes Zeichen und Signal setzen, um mit entsprechenden Werbeslogans und griffigen Formulierungen eine erfolgreiche und überzeugende Wirkung zu erzielen.

„Erwachsenenbildung inklusiv“ ist ein Signal – und es ist Aufforderung und Herausforderung zugleich. Diese Herausforderung besteht nicht erst seit Verabschiedung des „Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (kurz: UN-Behindertenrechtskonvention) im Jahr 2006 und der Ratifizierung durch die Bundesregierung im Jahr 2009. Das Ziel, Erwachsenenbildung inklusiv zu gestalten, verfolgen seit vielen Jahren Institutionen sowie professionell und ehrenamtlich Tätige, die Erwachsenenbildung auf unterschiedlichen Ebenen für Menschen mit und ohne Behinderung anbieten. Allerdings hat sich im Bewusstsein vieler Menschen vor allem die Bezeichnung „integrative Erwachsenenbildung“ festgesetzt. Bei diesem Ausdruck wird in aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen dagegen besonders die Verbindung zum Thema Migration gezogen. Dies verdeutlicht auch das vom Deutschen Volkshochschulverband neu formulierte Standort- und Grundsatzpapier. Eine durchaus heikle Situation, wenn dadurch der Personenkreis von Menschen mit Behinde-

rung vernachlässigt wird oder gar aus dem Blickfeld gerät.

Das vorliegende Heft unterstreicht das vielfältige Engagement im Bereich inklusiver Erwachsenenbildung. Es zeigt mit seinen Beiträgen allerdings auch bestehende Schwachstellen und Schwierigkeiten auf. Kurzum: Von „Erwachsenenbildung inklusiv“ sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Doch helfen die Beispiele auf den folgenden Seiten dabei, die Deutschlandkarte in Sachen Erwachsenenbildung inklusiver zu kennzeichnen: Von Kassel bis Ulm, von Berlin bis Offenburg, von Eisenach bis Köln.

Es bleibt zu hoffen, dass durch die UN-Behindertenrechtskonvention die Herausforderung „Erwachsenenbildung inklusiv“ neue Impulse erfährt und die entsprechend damit verbundene Bewegung an Fahrt gewinnt. Sie als Leserin und Leser können sich an dieser Fahrt beteiligen. Zum Beispiel durch Ihre Teilnahme an der Berliner-Tagung der GEB vom 13.-14. Mai in Berlin (siehe u. a. Umschlag-Rückseite sowie im Innenteil dieses Heftes).

Dr. Werner Schlummer
Schriftleiter

Vorschau auf Heft 2/2011

Im nächsten Heft setzen wir die Diskussion über inklusive Erwachsenenbildung fort. Sie können sich daran beteiligen, indem Sie uns Berichte über Ihre Erfahrungen zusenden.

Die Redaktion freut sich auf Beiträge, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Auf dem Weg zur inklusiven Erwachsenenbildung

Projekt zur Förderung von inklusiven Angeboten an der Volkshochschule in der Region Kassel

Einleitung

Diskussionen und Bemühungen um die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die unterschiedlichen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens haben durch die mittlerweile auch in Deutschland geltende UN-Konvention über die Rechte von behinderten Menschen (UN 2006) allenthalben neuen Aufwind erhalten.

Im Bildungsbereich ist der Fokus der Diskussionen um ihre Umsetzung in erster Linie auf eine uneingeschränkte Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen an der allgemeinen Schule, d. h. auf den gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung gerichtet. Indessen ist nach dem Artikel 24 der UN-Konvention ebenfalls eine barrierefreie Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Erwachsenenbildung bzw. die Verankerung und Verbreitung von Angeboten in der allgemeinen Erwachsenenbildung für Menschen mit und ohne Behinderung zu gewährleisten, um lebenslange Bildungsmöglichkeiten für alle Menschen zu bieten.

Eine Ausgrenzung aus dem allgemeinen Bildungssystem schließt der Artikel 24 explizit aus. Nach ihm ist ebenfalls sicherzustellen, dass „Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner tertiärer Bildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben.“ Dazu gehört unbedingt eine angemessene Berücksichtigung der „Bedürfnisse des

Einzelnen“, die eine notwendige und individuell passgenaue Unterstützung beinhaltet, um die Teilhabe an inklusiver Bildung in einem Kontext zu ermöglichen, wo bestmöglich Lern- und soziale Entwicklungsprozesse stattfinden können.

Mit den normativen Orientierungen der UN-Konvention korrespondieren bereits langjährige Diskussionen und Bestrebungen um eine inklusive Erwachsenenbildung (z. B. Lindmeier u. a. 2000; Heß u. a. 2008). Um zur Umsetzung einer inklusiven Erwachsenenbildung und der UN-Konvention beizutragen, ist in der Region Kassel ein Kooperationsprojekt mit dem Ziel entstanden, eine verbesserte Teilhabe von Menschen mit Behinderung an öffentlichen Erwachsenenbildungsangeboten der Volkshochschule (VHS) in der Region Kassel zu erreichen. Das Kooperationsprojekt einschließlich einer wissenschaftlichen Begleitung durch die Universität Kassel wurde Ende 2008 von der Universität Kassel, der Trube-Stiftung und der VHS Region Kassel ins Leben gerufen. Das Projekt wird bis Mitte 2011 von der Trube-Stiftung finanziell gefördert.

Nach einer Skizzierung bildungstheoretischer Voraussetzungen und der Ausgangssituation des Projektes werden in dem vorliegenden Beitrag die bisherigen Projektergebnisse sowie Probleme und Perspektiven auf dem Weg zu einer inklusiven Erwachsenenbildung an der VHS Region Kassel aufgezeigt.

Matthias
Windisch



Elfriede
Schäth



Gemeinsam Brücken bauen – gelebte Inklusion an der Volkshochschule Offenburg

Ein Erfahrungsbericht

An der Volkshochschule Offenburg wird seit einigen Jahren versucht, Inklusion zu leben. In Zusammenarbeit mit den Offenen Hilfen der Lebenshilfe Offenburg-Oberkirch wurde 2007 ein Projekt gestartet, das zum Ziel hat, Inklusion für Menschen mit Behinderung in der Erwachsenenbildung zu verwirklichen. Nach einigen Vorüberlegungen wurden passende Strukturen und Abläufe gesucht. Viele positive Erfahrungen und Rückmeldungen bestätigten die Beteiligten in ihrer Arbeit; Probleme und Schwierigkeiten erfordern immer wieder Verbesserungen und spornen an.

Vorgeschichte

Am Anfang stand zunächst eine Anfrage der Offenen Hilfen der Lebenshilfe Offenburg-Oberkirch e. V.: Die Einrichtung kam auf die Volkshochschule zu, um ihr umfangreiches Freizeitprogramm für Menschen mit Behinderungen um Veranstaltungen zu erweitern, die von der Volkshochschule geplant und durchgeführt werden sollten. Gedacht war zunächst an Angebote exklusiv für Menschen mit Behinderungen. Nach einem Kennenlernen der Einrichtungen wurden von der VHS Offenburg erste Vorschläge unterbreitet und man vereinbarte eine Kooperation. Günstig wirkte sich bei der neuen Zusammenarbeit aus, dass eine Mitarbeiterin der Offenen Hilfen auch als Kursleitende bei der Volkshochschule tätig war. Eine der ersten gemeinsamen

Veranstaltungen war ein Vortrag mit dem Titel „Menschen mit Behinderung. Die inklusive Gesellschaft – eine neue Vision – oder schon Realität?“ Neben einem Impulsreferat kamen auch Menschen mit Behinderung zu Wort und erläuterten ihre Wünsche und Bedürfnisse. Der gut besuchte Vortrag war Impuls im wahrsten Sinn des Wortes: Mitarbeiter der Volkshochschule waren von der Idee einer inklusiven Gesellschaft begeistert. Gemeinsam mit den Offenen Hilfen wollte man Gehörtes baldmöglichst umsetzen.

Nach Recherchen entstanden Kontakte zur Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung (GEB) und zu erfahrenen Referenten im Kontext Erwachsenenbildung und Behinderung.

Ziel und Voraussetzungen

Die Ziele unseres Projektes lassen sich kurz so umschreiben: Gemeinsam wollen wir erste Schritte zu einer inklusiven Gesellschaft vorleben. Voraussetzung dafür ist unserer Meinung nach, dass wir davon ausgehen und vermitteln, dass Behinderung eine besondere Eigenschaft einer Person ist und zu ihr gehört wie Charakter, Körperbau, Ausbildung etc. Jedes Mitglied unserer Gesellschaft hat Stärken und Schwächen, auf die KursleiterInnen eingehen müssen und die auf das Geschehen des Kurses einwirken. Natürlich ist es wichtig, diese Besonderheiten zu erkennen, aber Behinderung

Manuel
Yupanqui



„Sommerschule Ulm“ – Bildung für alle an der Ulmer Volkshochschule

Die Idee

Was im Sommer 1999 als ein Projekt mit genau zehn Kursen begann, hat sich im zwölften Jahr als festes Angebot an der Ulmer Volkshochschule etabliert: Die „Sommerschule – Bildungskurse für Menschen mit geistiger Behinderung“. Unter dem Leitgedanken „Vom Recht aller, alles über die Welt zu erfahren, was ihnen wichtig ist“ gibt es neben Kreativkursen – wie Malen, Tönen oder Theater – Kurse zum Einüben alltagspraktischer Fertigkeiten, etwa Kochen, Lesen und Schreiben, Umgang mit Geld oder Internet und E-Mail. Darüber hinaus bestehen Angebote im Bereich von Geschichte / Gesellschaft / Politik, etwa „Menschen mit Behinderung im Nationalsozialismus“, Kommunalpolitik oder Aktive Bürgerbeteiligung. Fortbildungen für Heim- und Werkstatträter und Kurse wie „Richtig Streiten“ oder „Englisch ganz einfach“ ergänzen das Programm. Mit einem Satz: Es existiert die breite Palette an Kursen und Lernmöglichkeiten, wie sie eine Volkshochschule auch für sogenannte nicht-behinderte Menschen traditionellerweise anbietet. In jedem Jahr sind das etwa 15 Bildungskurse, in denen behinderte Menschen all das oder doch zumindest einiges von dem lernen können, was ihnen wichtig ist.

Die Frage der Zielgruppe

Zugegeben, um gleich vorweg den Punkt anzusprechen, der uns auch immer wieder beschäftigt: Es sind Kurse für eine besondere Gruppe, eine „Zielgruppe“,

eben Menschen mit geistiger Behinderung. Und damit ist das Angebot noch weit entfernt vom Anspruch, „Bildung für alle“ bzw. „Bildung für alle gemeinsam“ zu realisieren. Doch auch hier hat die Volkshochschule bereits einige Erfahrungen gesammelt: Es werden im „ganz normalen“ Semesterprogramm Computer- und Kochkurse ausgeschrieben, an denen – auf Wunsch mit einer Assistenzperson – Menschen mit Behinderung teilnehmen. Zudem hat die Volkshochschule schon mehrfach im Rahmen ihrer internen Fortbildungen für Dozentinnen und Dozenten Kurse zum Thema „Wie gestalte ich integrative Angebote“ organisiert. Absicht ist, „ganz normale“ Kursleiterinnen und Kursleiter auf behinderte Teilnehmer vorzubereiten.

Davon abgesehen: Grundsätzlich steht jeder Kurs der Volkshochschule Jeder und Jedem offen. Wahr ist allerdings auch: Die Realität ist eine andere, nicht nur im Hinblick auf Menschen mit Behinderung.

Die Finanzierung

Und wenn wir schon bei der Realität angekommen sind: Wer bezahlt das eigentlich alles? Bildung kostet Geld und wir meinen, dass sie uns das auch wert ist bzw. wert sein sollte. Trotzdem bleibt, dass die Kurse für die Teilnehmenden bezahlbar sein müssen. Grob gerechnet, teilen sich die Kosten zu jeweils einem Drittel auf in Teilnehmergebühren, Spenden und Zuschüsse sowie Eigenmittel der Volkshochschule. Gerade Letzteres ist in Zeiten der Budgetierung und Mittelkürzung

Lothar Heusohn



Franz Schweitzer



Wie gehen Volkshochschulen mit dem Thema geistige Behinderung um? Hinweise aus einem Seminarprojekt

Volkshochschulen bieten eine Vielzahl von Angeboten im weiten Feld der Erwachsenenbildung an. Die Angebote erstrecken sich über Sprach-, Foto- und Töpferkurse bis hin zu Schriftspracherwerbskurse für Erwachsene. Die gesamte Themen- und Angebotspalette wird insgesamt im Volkshochschulverband in folgender Systematik organisiert – auch für die statistische Erfassung der Angebote und Nachfragen: Die Kursveranstaltungen umfassen die Bereiche „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, „Kultur – Gestalten“, Gesundheit, Sprachen, „Arbeit – Beruf“ sowie „Grundbildung – Schulabschlüsse“ (vgl. Huntemann / Weiß 2010).

Der Begriff Erwachsenenbildung impliziert die Annahme, dass mit diesem Angebot tatsächlich alle erwachsenen Menschen die Möglichkeit erhalten, sich nach eigenen Wünschen weiterzubilden. Zu entsprechenden Angeboten haben sich die Volkshochschulen verpflichtet. So ist „Weiterbildung für alle!“ auch das Motto des größten europäischen Weiterbildungskongresses 2011, der im Mai im Berliner Congress Centrum (bcc) vom Deutschen Volkshochschul-Verband e. V. veranstaltet wird (vgl. auch Beitrag Schlummer: „Grundsätzlich der richtige Weg“ in diesem Heft).

„Das klingt nicht unbedingt neu, ist aber politisch brennend aktuell. Das Motto fordert den chancengerechten Zugang zu Weiterbildung. Niemand darf – etwa aufgrund seiner finanziellen Möglichkeiten – ausgeschlossen werden. Jeder verdient die Chance, Versäumtes nach-

zuholen. Implizit appelliert das Motto auch daran, eine ausreichende Förderung für die gesamte Palette der Weiterbildungsangebote zur Verfügung zu stellen. Und es ordnet sich in den internationalen Kontext des UNESCO-Programms „Education for All“ ein, in dem sich 164 Länder verpflichtet haben, bis 2015 einen deutlich verbesserten Zugang zu Bildung zu realisieren.“ (DVV 2011) Diese Aussagen klingen wie aus einer programmatischen Rede. Sie zeigen aber gleichzeitig auch den in der Praxis noch zu gehenden Weg auf.

Ein Seminarprojekt

Für die Realität stellt sich nun in der Tat die Frage, ob alle erwachsenen Menschen einbezogen werden – zum Beispiel auch Menschen mit einer geistigen Behinderung. Im Rahmen eines Seminarprojektes an der Universität zu Köln ging eine Gruppe von Studierenden dieser Frage nach. Die Projektgruppe untersuchte mit einer kleinen Pilotstudie: Wie gestalten Volkshochschulen Angebote für Menschen mit einer geistigen Behinderung? Bestehen überhaupt Angebote?

Um dieser Frage weiter nachzugehen, wurde eine kleine Umfrage an 13 Volkshochschulen in ganz Deutschland durchgeführt. Die Umfrage bestand aus einem kurzen Informationsschreiben und einem Fragebogen, der elf Fragen beinhaltete und in Form eines Word-Dokumentes ausgefüllt werden konnte. Auf diese Weise sollte ein möglichst geringer

Nadja
Goldmeyer

Jens
Greffin

Thurid
Hille

Carolin
Ullrich

Lesen einmal anders

Erwachsenen mit geistiger Behinderung die Welt der Bücher eröffnen

Bedeutsame Lese- bzw. Literacy-Erlebnisse stellen im Leben von Erwachsenen mit geistiger Behinderung weiterhin eine Ausnahme dar. Dies ist zum Teil dem Vorurteil geschuldet, Menschen mit geistiger Behinderung könnten nicht lesen und seien nicht an Literatur interessiert. Das inklusive Leseprojekt LEA-Leseclub® zeigt, dass diese Annahme falsch ist. Eine durch gegenseitigen Respekt geprägte Atmosphäre in den Klubs eröffnet Menschen mit unterschiedlichen Lesekompetenzen neue Wege zur Welt der Bücher. Im Folgenden soll gezeigt werden, welche



Foto: Philip Groß

Rolle das gemeindeorientierte Modell für die Leselust von Menschen mit geistiger Behinderung hat und wie es Menschen zusammen führt. Dazu wird zunächst der LEA-Leseclub® (ein Gemeinschaftsprojekt der Universität zu Köln und KuBus e. V.) vorgestellt. Anschließend werden die Implikationen der bisherigen wissenschaftlichen Begleitforschung diskutiert.

Anke
Groß-Kunkel



KuBus e. V. und die Entstehungsgeschichte der Leseclubs

Kulturelle Teilhabe und Bildung gehören zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen, sie tragen zur Entfaltung der Persönlichkeit bei und ermöglichen Lebensqualität – dies sind die Leitgedanken des Vereins KUBUS e. V., der auf der Grundlage gemeinsamer kultureller und bildender Erfahrungen Wege der Verständigung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung eröffnen will. KUBUS e. V. steht dabei für „Verein zur Förderung der Kultur, Bildung und sozialen Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung“. Zentrales Anliegen des Vereins ist es, das umfassende Teilhabeangebot auf dem Gebiet von Kultur und Bildung durch die Teilhabe behinderter Menschen am kulturellen Leben der Gesellschaft zu verwirklichen. Derzeit leistet KUBUS e. V. in drei verschiedenen Projekten einen Beitrag zu einer „inklusive Gesellschaft“. Eines dieser Projekte ist der LEA-Leseclub®.

Situation in der Bundeshauptstadt

Gutachten zur Erwachsenenbildung von Menschen mit geistiger Behinderung

Erwachsenenbildung hat in Deutschland durch das flächendeckende Netz der Volkshochschulen einen strukturellen Rahmen, der von vielen Millionen Teilnehmern für die persönlich sehr differenzierte Bildungsarbeit genutzt wird (in 2009: 9,2 Mill. Kursbelegungen). Durch die jährlichen Statistiken des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) wird das umfassende, wichtige und engagierte Engagement der Volkshochschulen und ihrer haupt- sowie nebenamtlichen Mitarbeiter deutlich (vgl. Huntemann / Weiß 2010). Doch bestehen auch Lücken – und es gibt Problemfelder, die zu analysieren und zu bearbeiten sind. Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung stellt eines dieser schwierigen Themenfelder dar.

Mit dieser Thematik haben sich Wissenschaftler am Institut für Rehabilitationswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin befasst. Beauftragt wurden sie von der Lebenshilfe Berlin gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, um im Rahmen eines Gutachtens die Situation der Erwachsenenbildung von Menschen mit geistiger Behinderung in der Bundeshauptstadt zu erfassen. Für die Auftraggeber war wichtig, durch das Gutachten „die Debatte um die Umsetzung inklusiver Bildung in Berlin“ aktiv voranzutreiben und „konkrete Überlegungen zur Verbesserung der Bildungssituation von Menschen mit geistiger Behinderung“ aufzuzeigen.

Erstmals vorgestellt und diskutiert wurde das rund 60-seitige Gutachten anlässlich des Parlamentarischen Sommers der Lebenshilfe Berlin am 19. Juni 2009 im Haus der Lebenshilfe „Dohnagestell“.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas des vorliegenden Heftes ist auf den folgenden Seiten ein Auszug aus der Kurzfassung zu diesem Gutachten abgedruckt.

Beschleunigte Entwicklungen sind in sämtlichen Lebensbereichen offensichtlich und wirken sich auf die Lebensbedingungen aller Menschen aus. Sie fordern immer mehr unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ heraus, sich dieser Dynamik zu stellen, um nicht Opfer der Verhältnisse sein.

Das gilt besonders für Menschen mit geistiger Behinderung. In ihrer nicht selten von Isolation und Abhängigkeit geprägten Lebenssituation und aufgrund ihrer verzögerten Umstellungsfähigkeit bedürfen sie systematischer Hilfen zur

Orientierung in einer sich wandelnden Welt. Hier leisten Angebote der Erwachsenenbildung einen wichtigen Beitrag, Verhältnisse überschaubarer zu machen, um so auf dem Weg zu einer selbstbestimmten flexibleren Lebensgestaltung zu begleiten.

Dabei besitzen die Leitprinzipien der allgemeinen Erwachsenenbildung, erweitert um solche, die für Menschen mit geistiger Behinderung von besonderer Bedeutung sind, genauso Gültigkeit. Das trifft auch auf die Bildungsinhalte zu, die nicht von denen allgemeiner Erwachsenenbil-

Grundsätzlich der richtige Weg

Zum Grundsatzpapier des Deutschen Volkshochschulverbandes

Werner
Schlummer



Der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) hat sich viel vorgenommen. Auf dem XIII. Deutschen Volkshochschultag am 12. und 13. Mai 2011 in Berlin will er eine neue Standortbestimmung über die Volkshochschularbeit in Deutschland verabschieden. Dieses Vorhaben verdient auch deshalb besondere Beachtung, da ein ähnliches Papier zuletzt aus dem Jahre 1978 stammt. Die damalige Broschüre „Stellung und Aufgabe der Volkshochschule“ (DVV 1978) gilt es zu aktualisieren. Hatte der Vorstand des DVV seinerzeit im Vorwort bereits von einem „großen Entwicklungsschub der letzten Jahre“ gesprochen und daraus die Notwendigkeit abgeleitet, „Perspektiven für die vor uns liegende Zeit“ aufzuzeigen, muten solche Formulierungen aus heutiger Sicht und in Anbetracht der gewaltigen nationalen und internationalen Veränderungen der zurückliegenden über 30 Jahre fast an, als würden Aufgaben und Herausforderungen bagatellisiert.

Dass die Auseinandersetzung – eventuell im Sinne einer Fortschreibung – mit einem derartig in die Jahre gekommenen Standortpapier eine enorme Herausforderung darstellt, ist unumstritten. So ist es nicht verwunderlich, wenn die eingesetzte Redaktionsgruppe dem beauftragten Autor einer ersten Entwurfsfassung Erhard Schlutz, emeritierter Professor für Weiterbildung sowie Begründer und Mitglied des Instituts für Erwachsenen-Bildungsforschung an der Universität Bremen, entsprechend Hochachtung zollt für seinen vorgelegten 41-seitigen Entwurf „Stellung und Aufgabe der Volkshoch-

schule 2011“. Die 1. Textfassung von Ende März 2010 (Schlutz 2010) stelle „einen sehr differenzierten und beachtlichen Text“ dar, der dann auch „eine gute Grundlage bietet für eine 2. Textfassung“ (DVV 2010a, 5), lobt das Gremium.

Dennoch zeigen diverse Rückmeldungen aus den beteiligten Gremien des DVV einige Kritikpunkte auf, die für die Redaktionsgruppe in einer Synopse zusammengefasst sind (DVV 2010a). Dass es in der 1. Fassung des Grundsatzpapiers lediglich an einer Stelle einen Hinweis auf die Zielgruppe Menschen mit Behinderung gab, scheint allerdings bis dahin niemanden gestört zu haben. Zumindest deutet die Synopse auf keinerlei kritische Anmerkungen hin bezüglich der Herausforderung, die Volkshochschul-Angebote angemessener auch auf Menschen mit Behinderung oder Menschen mit geistiger Behinderung auszurichten. Sicher, der Begriff Integration taucht auf. Doch wird dieser in der ersten Textfassung lediglich im Zusammenhang von Interkulturalität verwendet oder explizit auf „Integrationskurse“ bezogen.

Die Chance, die Impulse aus der gegenwärtig anlaufenden Umsetzung der für Deutschland verbindlichen UN-Behindertenrechtskonvention auch auf ein so bedeutsames Grundsatzpapier eines zentralen Bildungsverbandes anzuwenden, wäre vertan gewesen, hätte nicht auf der Grundlage der Neufassung der VHS-Standortbestimmung, die seit Sommer 2010 in den Gremien des Deutschen Volkshochschulverbandes, in den DVV-Landesverbänden und in den Volkshoch-

HELP – Helfer/in mit Elementarem Leistungsprofil

Ein Ausbildungsprojekt des Diakonischen Bildungsinstituts Johannes Falk in Eisenach

Michael Hänsch



Die Entstehung

Für Immanuel Bannach stand es fest: Seine Tätigkeit im Produktionsbereich der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) füllte ihn nicht aus – er wollte für andere da sein, seine Fähigkeiten in der direkten Unterstützung anderer Menschen einsetzen.

„Ich will eine Ausbildung in der Pflege machen“ stand auf dem Zettel, den er geschrieben hatte und der schließlich in die Hände des Leiters des Berufsbildungsbereichs (BBB) der Werkstatt Altengesees in Ostthüringen gelangte. Dieser machte sich auf die Suche nach einer geeigneten Ausbildungsmöglichkeit und stellte fest: Es gibt keine. Menschen mit Lernschwierigkeiten erfüllen mit ihren Bildungsabschlüssen nun einmal nicht die Zugangsvoraussetzungen für die (Alten-) Pflegeausbildung. Aber Immanuel Bannach drängte – es müsste doch möglich sein, wenigstens eine grundlegende Qualifikation in diesem Bereich erwerben zu können.

In Abstimmung mit seinem Arbeitgeber, der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein, nahm der BBB-Leiter schließlich Kontakt mit dem Diakonischen Bildungsinstitut Johannes Falk in Eisenach (DBI) auf. Wenn eine solche Ausbildung – ergänzt um Inhalte, die zu Helfertätigkeiten in Kindertagesstätten, Förderschulen und stationären Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung qualifiziert – noch nicht existiert, dann muss sie eben entwickelt werden.

Beim DBI traf der Wunsch auf offene

Ohren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kompetenzzentrum „Teilhabe und Inklusion“ entwickelten im Rahmen eines Pilotprojekts das Curriculum für eine Basisausbildung zur Tätigkeit in sozialen Dienstleistungsbereichen und loteten die organisatorisch-konzeptionellen Rahmenbedingungen aus. Bei anderen diakonischen Trägern der Behindertenhilfe in Thüringen fanden sich eine Reihe weiterer Interessentinnen und Interessenten: So waren beispielsweise eine Auszubildende im BBB der Stiftung Finneck in Rastenberg bereits im Rahmen von Praktika in Kindertagesstätten tätig. Ein Beschäftigter der Mühlhäuser Werkstätten e. V. wollte gerne in einer Förderschule arbeiten, eine junge Frau mit Lernschwierigkeiten war schon seit längerem als Helferin in der Senioren-Tagesbetreuung des Bodelschwingh-Hofs Mechterstädt e. V. aktiv und eine Beschäftigte des Diako Diakonie-Verband Eisenach hatte Gefallen an einem Außenarbeitsplatz bei einem Krankenhausträger gefunden.

Auch wenn das Bemühen um Fördergelder für das Projekt HELP erfolglos blieb, stand für die beteiligten Träger fest: Die Initiative der Betroffenen darf nicht negiert werden – und eine einleitende Projektphase sollte notfalls auch ohne flankierende finanzielle Unterstützung gestemmt werden. Im März 2010 startete die HELP-Ausbildung mit acht Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Mitgliedschaft

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Gesellschaft
Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland.
Im Beitrag ist das Abonnement der
Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“
enthalten.

Jahresbeiträge:

€ 40,00 für Einzelpersonen, € 90,00 für Institutionen,

€ 24,00 für Studenten, € 11,00 für Menschen mit Behinderungen

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ:

Ort:

Tel.:

Beruf:

Unterschrift:

Abo-Bestellung

Hiermit bestelle ich die Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“
im Abonnement. Preis: € 16,00 (zuzüglich Porto und Versandkosten)

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ:

Ort:

Tel.:

Beruf:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Gesellschaft Erwachsenenbildung
und Behinderung e.V., Deutschland
Postfach 870228 - 13162 Berlin

Mitgliedschaft und Abonnement

sind auch über die Homepage www.geseb.de abwickelbar.

Impressum

Die Zeitschrift Erwachsenenbildung und Behinderung erscheint zweimal jährlich und wird herausgegeben von der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland.

Internet

Homepage: www.geseb.de
E-Mail: kontakt@geseb.de

Präsident

Prof. Dr. Karl-Ernst Ackermann
Postfach 870228, 13162 Berlin
E-Mail: ackermann@geseb.de

Bestellung und Versand Publikationen

Almuth Mix, Postfach 870228, 13162 Berlin
Tel.: 030 - 49 90 70 60
E-Mail: bestellung@geseb.de

Beiträge und Anzeigen

Almuth Mix
Postfach 870228, 13162 Berlin
E-Mail: mix@geseb.de

Schriftleitung

Werner Schlummer, Köln

Verlag

Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland, Postfach 870228, 13162 Berlin

Bankverbindung

Pax-Bank Berlin: BLZ 37060193, Konto-Nr. 6000791014

Vorbehalte und Rechte

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.
Alle dadurch begründeten Rechte bleiben erhalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Herausgebers gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar.

Redaktionsschluss

15. Februar und 15. August und nach Vereinbarung.

Manuskript

Bitte bei der Geschäftsstelle einreichen: mix@geseb.de.
Weitere Informationen siehe „Manuskript-Hinweise“ auf der Homepage www.geseb.de.

Gestaltung und Satz

Klaus Buddeberg, Kommunikation Barrierefrei
Heinrich-Barth-Str. 13, 20146 Hamburg
www.klausbuddeberg.de

Druck

alsterpaper, Wiesendamm 22a, 22305 Hamburg
www.alsterarbeit.de

ISSN 0937-7468



Gesellschaft Erwachsenenbildung
und Behinderung e.V.,
Deutschland

*Miteinander Reden
Gemeinsam Lernen!*



Inklusive Erwachsenenbildung

*Kooperationen zwischen
Einrichtungen der
Erwachsenenbildung und der
Behindertenhilfe*

Fachtagung

13.05. - 14.05.2011

*Veranstaltungsort
Humboldt-Universität zu Berlin*

Gemeinsam mit weiteren
Kooperationspartnern
veranstaltet die GEB in Berlin
die Fachtagung zur „**Inklusiven
Erwachsenenbildung**“.

Die Fachtagung thematisiert
aktuelle Herausforderungen einer
Inklusiven Erwachsenenbildung auf
organisatorischer und inhaltlicher
Ebene.

Schirmherrschaft:
Professorin Dr. Rita Süßmuth
Bundestagspräsidentin a. D. und
Präsidentin des Deutschen
Volkshochschulverbandes

Tagungsgebühr:
regulär: 60,- Euro
ermäßigt: 30,- Euro

Anmeldung:
Julia Winkler, Organisationsbüro
Katholische Hochschule für
Sozialwesen Berlin
Köpenicker Allee 39-57
10318 Berlin
Tel.: 030 / 501010-704
inklusive-eb@khsb-berlin.de

Informationen:
www.geseb.de